

# Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags. Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“ und „Die arbeitende Jugend“) durch die Post bezogen ohne Bringgeld monatlich 1.20, vierteljährlich 3.60; durch die Kolportage wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Eins. Nr. 5 A. Sonntags-Nummer mit Illust. Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Kreuzabhebungen monatlich 2.70, für das Ausland monatlich 3.80.

Redaktion: **Hamburg 36** Postamtstr. 11, I. Stod. Expedition: Postamtstr. 11, Erdgeschoss. Besondere Redakteur: Karl Petersen in Hamburg.

Anzeigen die sechsgealtete Beilage oder deren Raum 35 A. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 A. Anzeigenannahme Redaktions- u. Geschäftsstelle (bis 4 Uhr nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz u. Textentwurfen ohne Verbindlichkeit. Bestellen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. Suchenbung und Buchdruckerei-Kontor: Postamtstr. 11, Erdgeschoss.

**Illustriert:** St. Pauli einschl. Schanzengr. bei Feinr. Koenen, Sophienstr. 44. Gimsbüttel, Langensfeld bei Carl Dreyer, Fruchtsallee 42. Gohlfurt, Gypendorff, Groß-Vorstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Sehmweg 51. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petersen, Wackerstr. 12. Hohenfelde, Horn, Schiffs- und Billwärder bei Carl Oriol, Baustr. 26. Hammerbrook bis Alstertal bei Carl Oriol, Baustr. 26. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. Ottenien, Bahnhofsstr. 129. Veddel bei Th. Reimer, Lindleystr. 85. Gilbed, Wandsbek, Hinrichsenfeld und Vitz-Barmbeck bei Franz Richter, Kurze Reihe 34.

## Dreißigtausend Flugblätter gegen die Sozialdemokratie

hat der Hamburgische Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie im Bereich des ersten Hamburger Wahlkreises verbreitet. Hunderttausend sollen demnächst in den zweiten und dritten Wahlkreis geworfen werden.

### So arbeiten unsere Gegner!

Die Lügen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie, die sie bisher nur in ihren kleinen Zirkeln zutage förderten, schleudern sie nun in Masse unter die ganze Bevölkerung. Unsere Pflicht ist es, sofort energisch diesem letzten Streich entgegenzutreten. Das geschieht am besten, indem wir in möglichst weite Kreise Aufklärung über das Wesen der Sozialdemokratie tragen. Dazu dient vor allem unsere Presse. Unser Parteiorgan, das

### „Hamburger Echo“,

das sich ganz und in unserm Städtegebiet allein in den Dienst des proletarischen Emanzipationskampfes und der Aufklärung über den Sozialismus gestellt hat, muß darum in jedes Haus und in jede Wohnung dringen, damit die Verleumdungen, die die Gehässigkeit unserer Gegner fortwährend jetzt über die sozialdemokratische Partei ausschütten, wirksame Widerlegung finden.

Arbeiter! Parteigenossen! Agitiert für die Verbreitung des

### „Hamburger Echo“.

Jeder Leser muß einen neuen Abonnenten werben. Dann hat der Flugblatt-Urnat des Hamburgischen Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die rechte Antwort gefunden.

Hierzu drei Beilagen und das illustrierte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“.

### „Nicht reif“.

Die Lebensart, jemand sei nicht reif, politisch mitzusprechen und mitzuentcheiden, kann unter Umständen angebracht sein, wenn der Betreffende grobe Unwissenheit über öffentliche Dinge an den Tag legt. Eine ganz abgeschmackte Selbstüberhebung aber ist es und obendrein eine Unverschämtheit, dem arbeitenden Volk die politische Reife abzusprechen, das an politischem Wissen und Verständnis den herrschenden Klassen im allgemeinen sicher nicht nachsteht, sie vielfach sogar übersteigt, und das durch seine Vertreter in Staats- und Gemeindepalamenten das öffentliche Leben mit reichem, gesunden Reizen befruchtet, es bereits eine tüchtige Strecke vorwärtsgebracht und aus dem Sumpf erheblich herausgeführt hat, worin die oberen Schichten das Gemeinwesen versinken ließen, als sie allein die Fäden in den Händen hielten. Wer da die Stirn hat, zu schwabronieren, das Volk sei politisch nicht reif, der beweist damit nur seine eigne Unreife und gleicht dem Betrunknen im Liebe, der in seinem Dusein von den Straßlaternen meint:

„Wackeln und fackeln die Kreuz und die Quer, Schienen herum mit allem was schwer, Alles im Sturme rings, Grobes und Klein, Was' ich darunter nicht nachsehen allein!“

Zu Aufzucht und Förmung speziell des Düsselborfer Regierungsrats Dr. Regenborn, der im „Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ ebenfalls das alte reaktionäre Lied sang, das Volk sei für das allgemeine gleiche Wahlrecht nicht reif (s. unser Referat in Nummer 70), sei hier reproduziert, was kürzlich in einem aus akademischen Kreisen stammenden Artikel der „Donner Zeitung“ ausgeführt war: „Es ist erschreckend, wie unzulänglich die politische Bildung noch in unserer jüngsten Generation ist, bei den Studenten. Ich habe selbst häufig die Probe gemacht. Unter zehn Studenten, die ich fragte (wenn sie nicht gerade neuere Historiker waren), ob wir Freihandel oder Schutz Zoll hätten, haben fünf die Antwort völlig versagt und noch einige schwankend geantwortet! Neun wußten nicht, was man unter dem sogenannten Ratheber Sozialismus zu verstehen hat! Sieben nicht, welche allgemeinen Entwicklungsstadien das Zentrum nach dem Kulturkampf in die Höhe brachte! Von dem Wesen des Invalitätsgesetzes hatten alle zehn keine Ahnung! Ähnlich sieht es mit der jetzigen Weltpolitik. Vom russisch-türkischen Krieg (1877/78), der Bulgarien befreite und den Berliner Kongress nach sich zog, wußten nur zwei einige Daten ohne jeden inneren Zusammenhang und ohne eine Kenntnis der leitenden Weltströmung des Pan-Slavisismus. Wie ist da eine andre als oberflächliche Neugier befriedigende pflichterfüllende Beschäftigung mit den heutigen Folgeerscheinungen möglich?“

Aus diesen Kreisen geht die Rufe hervor, welcher Herr Dr. Regenborn angehört, der dem Volk die politische „Maturität“ absprechen sich erlaubt! Freilich eben deswegen. Nur der eigene Neugierzustand macht es erklärlich. Denn wenn die Herren aus dem Kneip-, Festschoppen- und Kommentleben in die höhere Sphäre der Bureaupolitik versetzt sind, haben sie wenigstens das Zeug dazu, sich politische Reife zu erwerben, und ihr politisches Interesse wird dann in der Regel von gouvernementalen Tendenzen aufs einseitigste beherrscht.

Und eben solche für den bestimmten Zweck präparierte und fälschliche Klassen- und Klassenpolitik, die mit den Feigenblättern „staatszerhaltend“, „national“, „Ordnung“ ihren reaktionären, völkischen und freiheitsfeindlichen Charakter zu verdecken sucht, will der Herr in Volks- und Fortbildungsschulen der jüngeren Generation einblenden lassen. Mit welchem Plaudern er aber seiner Unreife ein weiteres Zeugnis ausstellt. Als ob nicht die vielen Tausende von Arbeitern in den Schulen schon so bearbeitet worden sind, was sie aber nicht abhelt, gute Sozialdemokraten zu werden! Eher das Gegenteil. Es geht damit oft wie mit der Religion, worüber ein bedeutender Philologe sagte: „Wir Philologen haben zu viel Religionsunterricht gehabt, um noch Religion haben zu können.“

Also nur immer zu! Verehrt der Volksgenossen gründlich euren Wobber, dessen Mißbrauch ihr so widerwärtiger wird, je hier ihr eure Schwindelpredigten auftrag! Denn die

Arbeiterjugend lernt schon in früher Kindheit die Bedrängnis ihrer Klasse kennen, und wenn sie erwachsen ist und selbst ihr saures Brot erwerben muß, empfindet sie nur Hohn für jene ordnungspolitischen Phrasenbrei. Und was ihr dann an Aufklärung noch fehlt, das lernt sie leicht in einer andern Schule — in der Schule der Sozialdemokratie!

Und so wie die Arbeiterklasse heute ihre politische Reife in tausend Fällen ihren Klassengegnern mit so fühlbarer Deutlichkeit zu zeigen, daß diesen immer erneut arger Schwärmen in die Glieder fährt. Jede Reichstagswahl, jede Landtags- oder Kommunalwahl geben dafür Beispiele. Sogar die von den „Nationalen“ so viel behelbete Hottentottenwahl, deren Produkt, der konfessionell-liberale Bloß, eben unter verdientem Gespött am Verenden ist. Der ganze „nationale“ Rummel von 1907 hat zwar die Dummen und Faulen auf die Beine zu bringen vermocht, aber die Anhängerschaft der Sozialdemokratie in ihrer Ueberzeugung zu erschüttern, hat er nicht vermocht. Sie hat sich trotz einer beispiellosen Verleumdungskampagne noch um eine Viertel-million vermehrt.

Vom Zentrum vielleicht abgesehen, das sich auf die Macht der Kirche stützt, wäre jede bürgerliche Partei solchen konzentrischen Ansturm unterlegen. Trotz ihrer diegelartigen politischen Reife. Daß die Sozialdemokratie diesen Ansturm bestand, wie sie früher (Sozialistenpartei) bestanden hat, ist ein glänzender Beweis für die politische Reife der Arbeiterklasse.

Das wissen auch die Leute, die das Recht zu haben glauben, hochmütig auf die „Unreife“ der Arbeiter herabzusehen. Man verleumdet sie, um in der angeleglichen „Unreife“ einen Vorwand zu finden, ihnen ihre Rechte zu beschneiden, damit die wirkliche politische Reife den Herrschenden nicht mehr soll gefährlich werden können.

Und demselben Zweck, sie unschädlich zu machen, soll die „Aufklärung“ dienen, die ihnen die „reifen“ Leute aus den herrschenden Klassen zugebracht haben. Glücklicherweise sind die Arbeiter heute schon so reif, daß sie sich davon nicht mehr zu sehr beeinflussen lassen.

### Nach dem Poststreik.

Jr. Paris, 25. März. Nichts gelernt und nichts vergessen scheint die Regierung von dem Streik der Postbeamten zu haben. Nach einem offiziellen Befehlsgesetz hat der heutige Ministerpräsident den Postbeamten, das im Namen der drei Organisationen nach der Beendigung des Streiks in Paris angeklagt wurde, an ein Disziplinargericht „zwecks Entlassung“ verwiesen. Daß die kapitalistische Presse vor Wut schäumte über den Sieg der streikenden Postbeamten, hat niemand verwundert und nur den Sieg der Streikenden unterstrichen. Die französische Bourgeoisie hat immer durch ihre rachsüchtige Gattung sich um die Vorteile einer langen Nachkriegszeit gebracht. Von Herrn Clemenceau hätte man erwarten können, daß er so gelächelt sein würde, Generosität und Menschlichkeit walten zu lassen, wie er es am Montag in der Kammer versprach. Aber Herr Clemenceau will offenbar bis zum Ende der Minister bleiben, der am meisten zur Verschärfung der Klassengegnerschaft beigetragen hat. Um die kleinliche Gehässigkeit der Regierung ins rechte Licht zu setzen, lassen wir den Inhalt des Plakats hier wörtlich folgen:

„Danke! Zum äußersten getrieben durch die Willkür, Robeit und die extreme Herrschaft des Herrn Simhan, sind wir in die Arbeitsentziehung gehest worden.“

Heute diszipliniert und unsern Funktionen ergeben, wie wir es vorher waren, haben wir beschlossen, unsere täglichen Arbeiten wieder aufzunehmen.“

Wir erkennen Herrn Simhan nicht mehr als Chef an. Wir haben das Versprechen, sein verderbliches Werk verschwinden zu lassen.“

Das ist die legitime Genugtuung des Rechts gegen die Willkür. Und erste Pflicht ist es, unsern Mitbürgern für die löbliche Unterstützung, die sie uns haben guttun lassen, warmstens zu danken.“

Den Schanden verzeihend, den wir zugezogen waren, ihr zu verurteilen, hat die Öffentlichkeit fast einmütig unsere Haltung gebilligt.“

Für ihr Wohlwollen, für die Sympathiebewegungen, die sie uns erwiesen hat, sagen wir tiefaufrichtigen Dank.“

Durch unsern Eifer, durch unsre Hingebung an unsre Arbeit werden wir uns bestreben, immer die Achtung unser Mitbürger zu verdienen.“

Der Post-, Telegraphen- und Telephonien sollte wie ein kommerzielles Unternehmen verwaltet werden. Entschlossen, gegen das bürokratische System zu reagieren, werden wir die Verbesserung des Dienstes verfolgen, um dem Publikum neue Erleichterungen zu verschaffen und so die Entlastung des öffentlichen Reichthums zu begünstigen.“

Wir sind keine Maschinen. Wir wollen unsre Arbeit lieben können, die uns garantieren soll Wohlfaht und Freiheit.“

Wer nicht ein enghirniger Bureautrat oder ein rachsüchtiger Autokrat ist, muß vor dieser Kundgebung achtungsvoll den Hut ziehen. Und die Beamten haben nach der einmütigen Ausrufung der Postdirektoren Wort gehalten. Kapitols, Tag und Nacht, weit über die Dienstzeit hinaus, arbeitete das gesamte Personal, um mit den ungeheuren Rückständen aufzuräumen. Und was ist die Antwort der Regierung? Nicht nur, daß sie die Unterzeichner des Plakats, d. h. die Leiter der drei Postbeamtenorganisationen, maßregeln will, sie läßt weiter mitteilen, daß dem Personal weder das Gehalt für die Streiftzeit, noch die Ueberstunden, die gemacht werden, um den Rückstand aufzuarbeiten, gezahlt werden. Man kann sich schwer vorstellen, was die Regierung anders machen könnte, um den Konflikt aufs neue mit weit größerer Schärfe aufleben zu lassen. Jedenfalls steht sie dabei unter dem Einfluß der großkapitalistischen Schmarfänger. Sie können sich nur über die Niederlage der „Autorität“ nicht trösten. Sie fürchten die Konsequenzen. Sie hätten gern gesehen, wenn das Militär in Aktion getreten wäre, nicht, um die Streikenden zu erregen, sondern um sie zu massifizieren. Sie scheinen die Hoffnung nicht aufzugeben, Ruhe zu nehmen. Der „Temps“ schlägt allen Ernstes vor, daß die Großindustriellen ihre Angestellten mit der Handhabung der Telegraphenapparate vertraut machen sollen, damit man gegebenenfalls die Streikenden ersetzen könne. Die Idee ist an sich nicht neu, falls Herr Clemenceau hat ja auch nach dem letzten Streik der Eisenbahnarbeiter die Genteruppen der elektrischen Untergrundbahn vermachdigen und der Fabrik mit der Militär leisten kann, daß man ja bei dem letzten Streik gehen. Die militärischen Telegraphenbeamten leisten. Der „Temps“ will also das Zivilpatrol zu Streikbrechern kommandieren. Es ist nur zu wahrscheinlich, daß das Zivilpatrol sich nicht kommandieren lassen wird. Es ist auch wahrscheinlich, daß nicht so heiß gegessen werden wird, wie gedacht ist, und daß die Regierung ein Paar in der Suppe finden wird. Was die Regierung und die sie scharf machenden Kreise was immer tun, sie werden nicht nur die Postbeamten, sondern das gesamte Proletariat betreffen. Zu den Leitern der Streikbewegung kann man das Vertrauen haben, daß sie das rechte Wort und die rechte Tat zur rechten Zeit finden werden.

Aus Anlaß der vorstehend geschilderten Vorgänge hat die französische Kammer sich am Freitag abends mit dem Streik der Post- und Telegraphenbeamten beschäftigt. Wie schon gestern berichtet, interpellierte Genosse Rouanet wegen der Maßregelungsversuche. Ueber den ersten Teil der Debatte ist schon berichtet. Im ferneren Verlauf derselben wird berichtet:

Violette (unabhängiger Sozialist) lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Ernst des Problems, welches es abgeben werde. Redner bemängelt sich dann, den Widerspruch zwischen den Erklärungen Barthous, der von den Verurteilten folgten nur im Falle des Scheiterns der Verhandlungen sprach, und den Erklärungen Clemenceaus, der streng gegen die unabhängigen vorgehen wollte. Violette fragte, ob die Regierung geneigt sei, die Unterzeichner des Plakats zu begnadigen. Barthou erwiderte, daß Violette entgegenstehe hierauf, da die Regierung anerkannt, daß der Anschlag ein mit dem Streik zusammenhängendes Vergehen darstelle, verpflichtete sie sich durch, keine Verfolgung vorzunehmen. Clemenceau will antworten, aber die äußerste Linke überläßt ihn durch Rouanet, der nur infolge des Tagesinteresses von Deputierten nicht in Richtigkeit ausartet. Darauf ergriff Simhan das Wort und fragte Jaurès, ob er die Verantwortung für die Beschuldigung übernehme, die gegen ihn (Simhan) in der von Jaurès geleiteten Zeitung „Humanität“ gerichtet worden sei (Bewegung). Jaurès antwortete: Ich übernehme ihnen und jedem gegenüber Verantwortung für alles, was unter meiner Leitung geschrieben wurde. Diese Verantwortung ist leichter als diejenige, welche auf ihnen laie. (Weiß auf der äußersten Linken; Rärm links und auf andern Seiten.)

Jaurès erklärte, er wolle alle persönlichen Fragen beiseite lassen, das Problem liege nicht hier, sondern außerhalb. Die Tagesordnung könne es nicht lösen. Die wichtigste Frage bleibe unentschieden, die Frage, welche Wirkung das Wort der Beamten der Kammer auf die Laien habe. Von Beamten haben wir gehört, daß die Worte der Regierung getraut haben. Es sei keine Zeit zu Wortausweiden und diplomatischen Redensarten. „Im vollen Bewußtsein meiner Verantwortlichkeit übernehme ich die Verantwortung für die Worte der Beamten und Arbeiter! Dies Wissen könnte fürchterliche Folgen haben. Der einzige Weg, der ihnen offen steht, ist der Weg der edlen Milde, von der der Ministerpräsident vor einigen Tagen so schön sprach, und der allein zu dem Guten und dem Guten Willen der Beamten geführt hat.“ (Weiß auf allen Seiten.) Dieser Konflikt wird nicht der letzte sein; schlimmere werden folgen, und aus Tausenden von Unzufriedenen werden Millionen werden. Schließlich wird dann der Wandelmut und der Eigenfinn einiger Männer der Republik den schwersten Schaden zu bringen. Schon jetzt werden Stimmen laut, die für das Geschickene den republikanischen Gedanken verantwortlich machen. Mögen sich die Minister darauf bestimmen, was sie der Nation schuldig sind! (Lebhafter Beifall.)

Die Kammer lehnte eine Tagesordnung, die den Beamten aus dem Hause ausschloß und die unentschiedene Haltung der Regierung behauptet, mit 208 gegen 171 Stimmen ab. Der Ministerpräsident bestimmte eine einfache Tagesordnung. Er erklärte, er wolle niemandem verweigern, müsse aber kein Disziplinarrecht aufrecht erhalten. Die einfache Tagesordnung wurde darauf mit 277 gegen 204 Stimmen abgelehnt. Clemenceau nahm eine Tagesordnung Chaigne an, die lautet: „Die Kammer ist entschlossen, den Beamten eine gesetzlich festgesetzte Arbeits-

ordnung zu geben, die das Recht auf Streik formell ausschließt, und spricht der Regierung das Vertrauen aus.“ Der erste Teil dieser Tagesordnung wurde durch Sandaubeisen angenommen, der zweite Teil, nach dem formell das Streikrecht ausgeschlossen wird, mit 470 gegen 88 Stimmen. Endlich nahm die Kammer den dritten Teil der Vertrauens- tagesordnung mit 341 gegen 247 Stimmen und darauf die Tagesordnung im ganzen durch Handaufheben an.

### Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstag. Berlin, 26. März 1909.

Ohne lange Neben wurden heute eine Anzahl an die Budgetkommission zurückverwiesener Titel aus den im vorigen erledigten verschiedenen Etats nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Bei dem Titel „Allgemeiner Konsumfonds“ befragte C. z. b. r. das ungenügende Tempo der Offizierspensionierungen und die infolge davon tiefenmäßig aufschwellenden Ansprüche an den Konsumfonds. Dabei bezeichnet er die Verweigerung dieses Fonds als eine vorzügliche, aber sehr kostspielige Maßnahme. Die gut bezahlten Herren Beamten würden nicht wissen, was sie anfangen sollten, wenn ihnen eine dreißigstündige Arbeitszeit auferlegt würde. Nach Annahme der Kommissionsbeschlüsse und einiger von der Kommission vorgelegter Resolutionen erfolgte die zweite Lesung des Automobilgesetzes. Es hat lange gedauert, bis die Regierung endlich dem Drängen aus dem Hause nachgegeben und sich zur Ausarbeitung und Einbringung eines die Pflichten der Automobilbesitzer betreffenden Entwurfs entschlossen hat. Und als er endlich erlassen, waren fast sämtliche Parteien einig in einer abfälligen Kritik. Von den Rednern fast sämtlicher Fraktionen wurden Verbesserungen der Kommissionsentwürfe erachtet. Und was ist nun, nachdem die Vorlage für notwendig erachtet, und was ist nun, nachdem die Kommissionen lange Zeit auf die Durchberatung verwendet hat, Kommissionsentwürfe? Fast nichts weiter, als was in der Regierungsdarstellung enthalten war. Die Einflüsse des kaiserlichen Automobilklubs waren mächtig genug, die bürgerlichen Parteien zu veranlassen, alle Verbesserungsanträge der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder abzulehnen. So u. a. aus den Antrag, die Dauer der täglichen Arbeits- und Ruhezeit der Chauffeurs gesetzlich festzulegen. Als unsere Kommissionsmitglieder diesen von den Chauffeurs selbst gestellten Antrag in der Kommission einbrachten, hieß es dort: Der Antrag gehört zur Gewerbeordnung, und als er dann in der Gewerbeordnungskommission gestellt wurde, erklärte diese: Der Antrag gehört, da es sich um Schutzbestimmungen des Publikums gegen die Automobilgefahren handelt, vor die Automobilkommission. Darum hatte die Kommission beschlossen, den Antrag dahin abzuändern, daß der Bundesrat eine den Gegenstand betreffende Verordnung zu erlassen habe. Aber aus davon wollten die bürgerlichen Parteien gar nichts wissen. Trotz der vorzüglichen Begründung des Antrages durch unsern Genossen Stadthagen, lehnten sie ihn ab. Dabei leitete der, ebenfalls als „roter König“ bezeichnete Schönauich. Caralath sich die selbstredende Notwendigkeit, es sei undenkbar, daß ein Chauffeur able, die sich, wie Stadthagen behauptet habe, eine sechzehn bis achtzehnstündige Arbeitszeit gefallen lassen würden. Ebenso erging es den übrigen sozialdemokratischen Verbesserungsanträgen, die auf die Sicherung und Ausdehnung der Arbeitskraft auf das Bedienungspersonal und die Besichtigung von Kraftfahrzeugen im öffentlichen Verkehr abzielten, die von unsern Genossen Stelle vertreten wurden, wie auch dem von Stadthagen begründeten Antrag, betreffend Zwangsmaßnahmen für Automobilisten. Daß das Gesetz hier eine Lücke hat, erkannten die bürgerlichen Parteien selbst dadurch an, daß sie nach dieser Richtung hinzielende Resolutionen annahm. Aber der Senat, diese Materie durch Annahme der sozialdemokratischen Anträge sofort gesetzlich festzulegen, befehlen sie nicht, sondern sie schloßen drum herum, wie die Krone um den heißen Brei, und das doch offenbar nur um den hohen Protektor des kaiserlichen Automobilklubs nicht zu ergötzen.

### Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Senatorenkonvent hat in seiner Sitzung vom Sonntag beschloßen, Montag und Dienstag für den Etat des Reichstags und den Etat des Reichsanwalts am Montag zu verwenden. Donnerstag soll die dritte Lesung des Etats beginnen, und nach der Erledigung tritt das Haus in die Osterferien. Man hofft, am Freitag die dritte Lesung beendet zu haben.

### Die Abrüstungsfrage.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Sitzung vom Freitag beschloßen, zur zweiten Lesung des Etats des Reichsanwalts eine Resolution einzubringen, in der die Regierung aufgefordert wird, internationale Vereinbarungen herbeizuführen, die die Verengung der Rüstungen zur See und der Verengung des Weltverkehrs (Weit der Kaperei von Handelschiffen in Kriegszeiten) in die Wege zu leiten.

### Die Blockade.

Nachdem die Konföderation ihren liberalen Blodgenossen den Stuhl vor die Tür gesetzt und am Freitag bei dem Beschluß über die Brandversicherer durch die Tat bewiesen haben, daß sie gewillt sind, dem Zentrum zumachen zu operieren, sollte man meinen, daß auf der linken Blockade endlich die Einsicht bämmert, daß mit der bisherigen Parteigruppierung nichts mehr zu machen ist. Aber sie lassen nicht immer nicht alle Hoffnung fahren und legen sie wieder einmal auf die Regierung an. Die „Frank. Zig.“ läßt sich aus Berlin telegraphieren, daß Wilow die Abgeordneten Baffermann und Wiemer zu